



Kantonsrat

Sitzung vom: 26. Januar 2016, vormittags

Protokoll-Nr. 35

Nr. 35**Postulat Budmiger Marcel und Mit. über neue Ansätze in der Luzerner Finanzpolitik (P 101). Erheblicherklärung**

Im Namen des Regierungsrates ist Finanzdirektor Marcel Schwerzmann bereit, das am 25. Januar 2016 eröffnete Postulat von Marcel Budmiger über neue Ansätze in der Luzerner Finanzpolitik entgegenzunehmen. Die schriftliche Begründung lautet wie folgt:

„Mit dem Projekt Konsolidierungsprogramm 2017 (KP17) will unser Rat den Staatshaushalt nachhaltig ins Lot bringen. Dies soll unter anderem mit Leistungs- und Einnahmenüberprüfungen geschehen. Ebenso werden wir Strukturen hinterfragen und nachhaltige Investitionen evaluieren, welche mittelfristig zu einer Entlastung der Erfolgsrechnung führen.“

Wir werden Ihrem Rat in der Juni-Session 2016 in einem Zwischenschritt den Planungsbericht „Kantonsfinanzen: Perspektive und Konsolidierung“ zur Beratung vorlegen. Mit der Beratung im Juni 2016 werden der Kantonsrat und seine Kommissionen die Möglichkeit erhalten, zum Konsolidierungsprogramm 2017 vor der eigentlichen Beratung der Botschaft zum Konsolidierungsprogramm 2017 und zum AFP 2017-2020 lenkend einzuwirken.

Zudem haben wir eine breit abgestützte Begleitgruppe eingesetzt. Diese Begleitgruppe hat die Aufgabe, Rückmeldungen zu den Massnahmen des Regierungsrates zu formulieren und eigene Massnahmen einzubringen.

Die Schuldenbremse wird im Rahmen des Projekts „Evaluation/Teilrevision des Gesetzes über die Steuerung der Finanzen und Leistungen (FLG)“ überprüft. 2015 wurde die Evaluation durchgeführt. Die Ergebnisse der Evaluation, der daraus abgeleitete Handlungsbedarf und mögliche Gesetzesänderungen werden voraussichtlich Anfang 2016 in die Vernehmlassung gegeben. Das Verfassen der Botschaft an Ihren Rat sehen wir im 2. Semester 2016 vor. Die politische Beratung soll Anfang 2017 stattfinden, sodass Gesetzesänderungen erstmals im AFP 2018-2021 wirksam werden können.

Wir beantragen Ihnen, das Postulat erheblich zu erklären.“

Armin Hartmann lehnt das Postulat im Namen der SVP-Fraktion ab. Grundsätzlich sei die SVP für jeden Vorschlag dankbar, der dazu beitrage, dass die Finanzen des Kantons wieder ins Lot kommen würden. Gerade im Vorfeld zum Konsolidierungsprogramm 2017 (KP17) seien neue Ansätze willkommen. Die materiellen Forderungen des Postulats könne die SVP aber nicht unterstützen. Zu den zentralen Forderungen könne er wie folgt Stellung nehmen: Die SVP gehe nicht davon aus, dass mit zusätzlichen Massnahmen gegen Steuerhinterziehungen zusätzliche finanzielle Mittel generiert werden könnten. Im Vorstoss werde zudem nicht darauf eingegangen, um welche Massnahmen es sich handeln könnte. Die Fraktion gehe davon aus, dass man den Kontrollstaat ausbauen möchte, indem mehr Personal eingestellt würde. Das lehne sie klar ab. Eine kantonale Steueramnestie wäre eventuell infrage gekommen, das Bundesgericht lasse den Kantonen aber keinen Spielraum für solche Amnestien. Die geforderte Anpassung der Progression könne die SVP nicht unterstützen. Zwar könne sich die SVP eine solche Anpassung vorstellen, aber nur wenn die Steuerkurve insge-

samt sich verflachte. Die notwendige sozialpolitische Abfederung würde in diesem Fall aber nur Kosten verursachen und keine Einnahmen generieren. Eine Lockerung der Schuldenbremse lehne die SVP grundsätzlich ab. Die heutige Form weise zwar Schwächen auf, diese sollten aber ausgemerzt werden können. Man warte die entsprechende Vernehmlassung ab. Die Vereinfachung des Steuersystems unterstütze die SVP, dazu sei man aber auf die Unterstützung durch den Bund angewiesen. Die restlichen Forderungen des Postulats, die nachhaltigen Investitionen sowie die Förderung von Innovation und Wertschöpfung, seien Selbstverständlichkeiten, dafür brauche es keinen Vorstoss. Der Staatshaushalt im Kanton Luzern müsse saniert werden, dazu seien Anpassungen auf der Ausgabenseite notwendig.

Marcel Budmiger erklärt, der Zeitplan des Konsolidierungsprogrammes 2017 sei ehrgeizig, insbesondere in Anbetracht der hohen Fehlbeträge und unter Einhaltung der Schuldenbremse. Der Zeitplan der Begleitgruppe sei eng bemessen. Durch die Diskussionen im Rat, ob der Kanton ein Einnahmen- oder ein Ausgabenproblem habe, seien verschiedene Spar- oder Abbauprogramme entstanden. Diese seien aber längerfristig nicht ausreichend gewesen, um ein nachhaltiges Einhalten der Schuldenbremse zu bewirken. Praktisch bei jeder Budgetdebatte hätten sich die Diskussionen im Rat jährlich wiederholt. Die SP wolle von diesen regelmässigen Sparpaketen wegkommen. Dazu brauche es neue Ansätze zur Stärkung der Einnahmenseite und zur Entlastung der Ausgabenseite. Man sollte nicht nur einseitig über Steuererhöhungen oder Schulschliessungen befinden.

Patrick Hauser lehnt das Postulat im Namen der FDP-Fraktion ab. Man begrüsse zwar die geforderte Auslegeordnung, sei aber der Meinung, dass etwa die vermehrte Bekämpfung der Steuerhinterziehung keinen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung des Staatshaushaltes liefere. Die einzelne Massnahme einer Anpassung der Steuerprogression lehne die FDP ebenfalls ab. Die Fraktion begrüsse nachhaltige Investitionen, sofern diese gesetzes- und Schuldenbremse-konform realisiert werden könnten. Eine Vereinfachung des Steuersystems befürworte die FDP, diese sei aber vom Bund abhängig. Die Schuldenbremse wolle man zum jetzigen Zeitpunkt nicht aufweichen. Mit den vorhandenen Mitteln wie dem Legislaturprogramm, dem FLG, dem AFP sowie dem KP17 sei der Kanton Luzern in der Lage, eine schlüssige Planung der Finanzen vorzunehmen. Dazu sei keine neue Finanzpolitik notwendig.

Inge Lichtsteiner unterstützt das Postulat im Namen der CVP-Fraktion. Beim Postulat handle es sich um einen weiteren Mosaikstein im Rahmen der grossen Diskussion um die Kantonsfinanzen. Die CVP habe bereits anlässlich der letztjährigen Budgetdebatte eine Gesamtsicht über die Einnahmen, die Ausgaben und die Schulden gefordert. Daran halte sie weiterhin fest. Weitere Massnahmen könnten anlässlich des KP17 geprüft werden.

Michael Töngi stimmt der Erheblicherklärung im Namen der Grünen Fraktion zu. Anlässlich der Dezember-Session sei dieses Thema bereits ausführlich diskutiert worden, die Meinungen der Fraktionen seien bekannt. Die Grüne Fraktion habe Massnahmen sowohl auf der Einnahmen- wie auch auf der Ausgabenseite gefordert. Die Schuldenbremse und das Steuergesetz müssten ebenfalls überprüft werden. Sowohl die Begleitgruppe zum KP17 wie auch der Rat sollten über alle Möglichkeiten diskutieren. Dazu gehörten die Vorschläge aus dem Postulat, aber auch weitere, die folgen würden.

Urs Brücker unterstützt das Postulat im Namen der GLP-Fraktion. Er könne sich der Meinung der CVP und der Grünen anschliessen. Im Rahmen des KP17 müssten alle Möglichkeiten sowohl auf der Einnahmen- wie auch auf der Ausgabenseite geprüft werden.

David Roth findet, im Rahmen der Begleitgruppe zum KP17 solle es keine Denkverbote geben. Genau deshalb habe die SP das vorliegende Postulat eingereicht. Die SP habe in der Vergangenheit auch Abbaumassnahmen mitgetragen. Von der bürgerlichen Seite sei eine Einnahmenerhöhung aber immer abgelehnt worden. Die SVP und die FDP seien nicht bereit, konstruktiv an den Kantonsfinanzen mitzuarbeiten. Diese Haltung führe zu keiner Lösung des Luzerner Finanzproblems.

Im Namen des Regierungsrates unterstützt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann die Erheblicherklärung des Postulats. Die Regierung zeige in der Beantwortung auf, welche formellen Massnahmen getroffen würden. Anlässlich der Teilrevision des FLG werde das Thema Schuldenbremse behandelt. Bei der Budgetdebatte in der Dezember-Session sei beschlossen worden, dass die Regierung im Juni einen Planungsbericht vorlege, in welchem wesent-

liche finanzpolitische Weichen gestellt werden sollten. Deshalb habe die Regierung darauf verzichtet, zu den einzelnen geforderten Massnahmen des Postulats Stellung zu nehmen.

Der Rat erklärt das Postulat mit 61 zu 52 Stimmen erheblich.